



Bundeskriminalamt

BKA

Kriminalität im Kontext von Zuwanderung

Kernaussagen

Betrachtungszeitraum: 01.01.–30.09.19

Vorbemerkung

Nachfolgende Kernaussagen informieren über die Entwicklungen und Auswirkungen des Zustroms von Flüchtlingen und Asylbegehrenden auf die Kriminalitätslage in Deutschland. Der Betrachtungszeitraum erstreckt sich von Januar bis September 2019.

Zuwanderer im Sinne dieser Kernaussagen sind Personen mit Aufenthaltsanlass „Asylberechtigter/Schutzberechtigter“, „Asylbewerber“, „Duldung“, „Kontingent-/Bürgerkriegsflüchtling“ und „unerlaubt“. Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der EU werden nicht der Gruppe der Zuwanderer im Sinne dieser Kernaussagen zugeordnet.

Die Aussagen basieren auf Daten aus der laufenden Fallbearbeitung in Bund und Ländern. Die polizeilichen Ermittlungen in den zugrunde liegenden Fällen dauern vielfach noch an, d. h. die Ermittlung des/der Tatverdächtigen erfolgt oft erst nach dem Stichtag der Erhebung. Dadurch ist insbesondere gegen Ende des jeweiligen Betrachtungszeitraums regelmäßig ein deutlicher Rückgang der monatlichen Fallzahlen festzustellen. Die Datenbasis unterliegt somit Schwankungen, was sich in regelmäßigen nachträglichen Korrekturen der übermittelten Fallzahlen in den Folgerhebungen widerspiegelt.

In Ermangelung dafür notwendiger Daten kann für die Gruppe der Zuwanderer keine Tatverdächtigenbelastungszahl¹ gebildet werden.

Aufgrund der vorhandenen Unschärfen werden in den vorliegenden Kernaussagen vorrangig grundsätzliche Tendenzen aufgezeigt und Trendaussagen abgeleitet.

Belastbare Aussagen zur bundesweiten Kriminalitätsentwicklung sind auf Basis der Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (retrograd) für das jeweilige Betrachtungsjahr möglich. Das „Bundeslagebild 2018 – Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ wurde auf der Homepage des Bundeskriminalamts (www.bka.de) veröffentlicht.

¹ Die Tatverdächtigenbelastungszahl ist die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen errechnet auf 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils jeweils ohne Kinder unter acht Jahren.

Lage Zuwanderung (Jan 2015–Sep 2019)

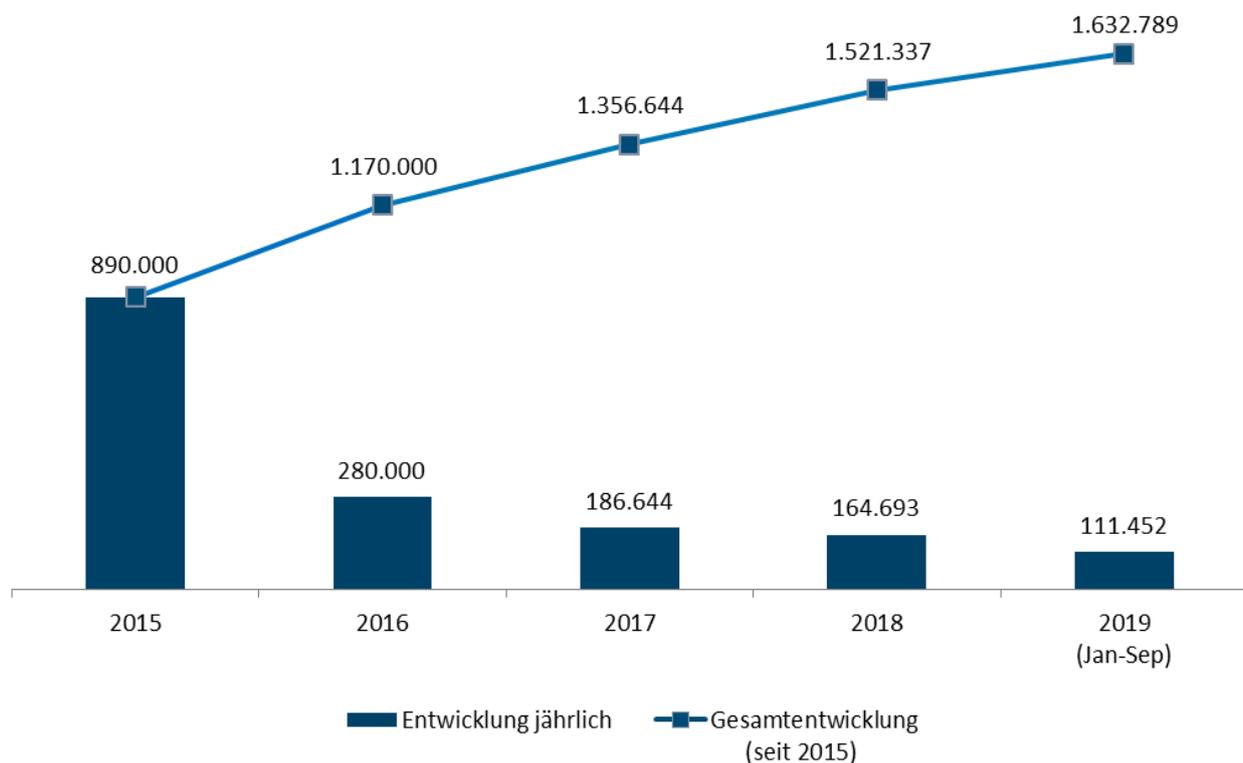
Der Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden nach Deutschland dauert weiterhin an. Zwar gehen die monatlichen Flüchtlingszahlen seit April 2016 tendenziell immer weiter zurück, die Gesamtzahl der nach Deutschland gekommenen Zuwanderer nimmt jedoch weiterhin zu.

Von Januar 2015 bis Ende September 2019 wurden insgesamt 1.632.789 Asylsuchende registriert, davon 890.000 im Jahr 2015, 280.000 im Jahr 2016, 186.644 im Jahr 2017 und 164.693 im Jahr 2018. In den ersten neun Monaten des Jahres 2019 wurden 111.452 Asylsuchende registriert.

Sollte sich diese Entwicklung bis zum Jahresende fortsetzen, ist davon auszugehen, dass die Gesamtzahl der Asylsuchenden im Jahr 2019 unter dem Niveau des Jahres 2018 liegen wird.

Basis für die Darstellung der Entwicklung der Zuwanderung von Asylsuchenden sind für die Jahre 2015 und 2016 die Daten des Systems zur Erstverteilung von Asylbegehrenden auf die Länder (EASY) des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und ab dem 01.01.17 die Daten aus der Asylgesuchstatistik des BAMF.

Entwicklung der Anzahl Asylsuchender (2015–2019 [1.-3. Quartal])



Hauptherkunftsstaaten in den ersten drei Quartalen 2019 waren Syrien (30.202), Irak (10.611) und Türkei (8.436).

Bezogen auf den gesamten Betrachtungszeitraum seit Beginn des Flüchtlingszustroms (Januar 2015–September 2019) kamen die meisten Asylsuchenden aus Syrien (640.178), Afghanistan (232.335) und dem Irak (215.816).

Aktuelle Lage Kriminalität (Jan–Sep 2019)

Allgemeinkriminalität

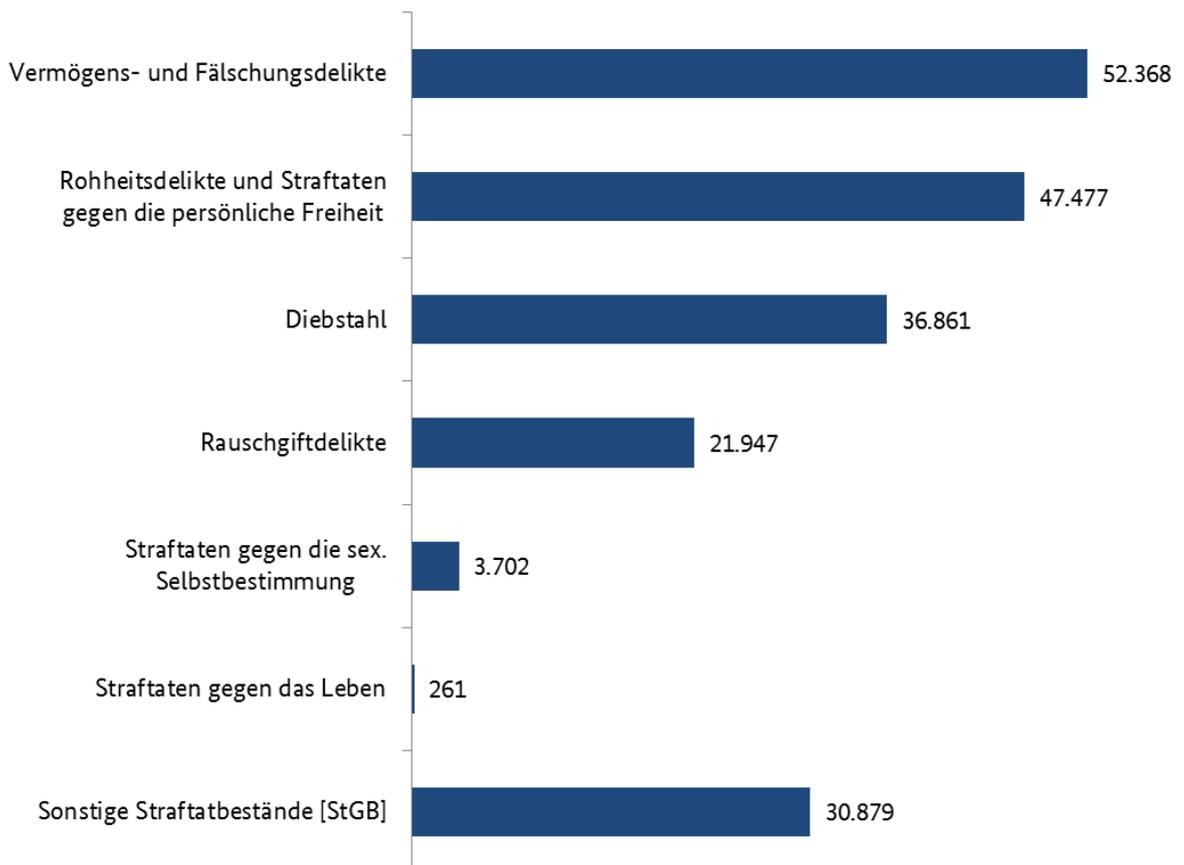
1. Die Zahl der Fälle von Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern lag in den ersten neun Monaten 2019 leicht unter dem Niveau der Fallzahlen des Vorjahreszeitraums (-1,6%).

In den ersten drei Quartalen 2019 wurden insgesamt 199.625 Fälle² im Zusammenhang mit versuchten und vollendeten Straftaten registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger erfasst wurde (1.-3. Quartal 2018: 202.923 Fälle).

Die monatlichen Fallzahlen bewegten sich zwischen 18.966 und 24.139 registrierten Fällen.

Die Mehrzahl der Zuwanderer trat nicht im Zusammenhang mit einer Straftat in Erscheinung.

Fälle von Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern (Jan–Sep 2019)



² Polizeilich erfasste Vorgänge.

2. Die deliktischen Schwerpunkte bei Fällen von Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern lagen im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte, gefolgt von Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit sowie Diebstahlsdelikten.

Innerhalb der Vermögens- und Fälschungsdelikte handelte es sich vorrangig um Fälle von Beförderungerschleichung (49%).

Bei den Fällen von Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit handelte es sich überwiegend um Körperverletzungsdelikte (75%).

Im Bereich der Diebstahlsdelikte dominierten Fälle von Ladendiebstahl (62%).

3. Beim Vergleich des Tatverdächtigenanteils mit dem entsprechenden Zuwandereranteil zeigen sich deutliche Auffälligkeiten in Bezug auf die Herkunftsnationalitäten.

Der Anteil der Fälle mit tatverdächtigen Zuwanderern aus Afghanistan, dem Irak und Syrien war weiterhin deutlich niedriger als der Anteil dieser Nationalitäten an der Gruppe der Zuwanderer. Der Deliktsschwerpunkt lag bei Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, gefolgt von Vermögens- und Fälschungsdelikten.

Der Anteil der Fälle mit tatverdächtigen Zuwanderern aus den Maghreb-Staaten³ sowie aus Georgien war weiterhin deutlich höher als der Anteil dieser Nationalitäten an der Gruppe der Zuwanderer. Die deliktischen Schwerpunkte lagen bei Diebstahlsdelikten.

Bei Staatsangehörigen aus den afrikanischen Staaten Gambia, Nigeria und Somalia war der Anteil der Fälle mit tatverdächtigen Zuwanderern aus den genannten Staaten weiterhin höher als der Anteil an der Gruppe der Zuwanderer. Die deliktischen Schwerpunkte lagen bei Vermögens- und Fälschungsdelikten sowie Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Gambische Tatverdächtige traten vermehrt mit Rauschgiftdelikten in Erscheinung.

Der Anteil der Fälle mit tatverdächtigen Zuwanderern aus der Balkan-Region⁴ lag auf dem gleichen Niveau wie der Anteil dieser Nationalitäten an der Gruppe der Zuwanderer. Die deliktischen Schwerpunkte lagen bei diesen Tatverdächtigen bei Diebstahlsdelikten sowie Vermögens- und Fälschungsdelikten, bei tatverdächtigen Zuwanderern aus dem Kosovo bei Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit.

³ Algerien, Marokko und Tunesien.

⁴ Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien.

4. Bei einem Großteil der Fälle von Straftaten zum Nachteil von Zuwanderern handelte es sich um Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit.

Im Betrachtungszeitraum wurden 71.029 Fälle der Allgemeinkriminalität registriert, in denen Zuwanderer Opfer/Geschädigte einer versuchten oder vollendeten Straftat wurden.

In Fällen, in denen sowohl Opfer als auch Tatverdächtige Zuwanderer waren, lag der Anteil der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit bei 77%.

5. Annähernd die Hälfte der registrierten Fälle von Straftaten in Erstaufnahmeeinrichtungen/Sammelunterkünften⁵ waren Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit.

Im Bereich der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit handelte es sich überwiegend um Fälle von Körperverletzung (81%).

Bei den Fällen von Straftaten in Erstaufnahmeeinrichtungen/Sammelunterkünften wurde erneut ein deutlicher Rückgang (-21%) der Fallzahlen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum registriert.

6. Im Bereich der Straftaten gegen das Leben handelte es sich in den weitaus meisten Fällen um versuchte Totschlagsdelikte.⁶

In den ersten drei Quartalen 2019 wurden 261 Fälle von Straftaten gegen das Leben registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde, darunter v. a. Totschlagsdelikte. In 90 Fällen richtete sich die Tat (auch) gegen deutsche Staatsangehörige.

Der Großteil dieser Fälle blieb im Versuchsstadium (84%). Bei den vollendeten Fällen wurden insgesamt 42 Personen getötet, wobei es sich bei den Opfern um 23 Zuwanderer, 14 deutsche Staatsangehörige, drei Drittstaatsangehörige sowie zwei Staatsangehörige aus dem europäischen Ausland handelte.

Im gleichen Zeitraum wurden 203 Fälle von Straftaten gegen das Leben registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer Opfer war. Bei der Mehrheit dieser Fälle (143 Fälle) waren ausschließlich Zuwanderer auf Täter- und Opferseite beteiligt.

In 10% der Fälle lag der Tatort in einer Erstaufnahmeeinrichtung/Sammelunterkunft.

⁵ Unterkünfte mit einer Mindestaufnahmekapazität von 50 Personen oder durch die erfassende Behörde als solche definierte Sammelunterkunft.

⁶ Analog zu den Ausführungen in der Vorbemerkung wird auch bei den Straftaten gegen das Leben darauf hingewiesen, dass es sich um Daten aus der laufenden polizeilichen Fallbearbeitung handelt.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

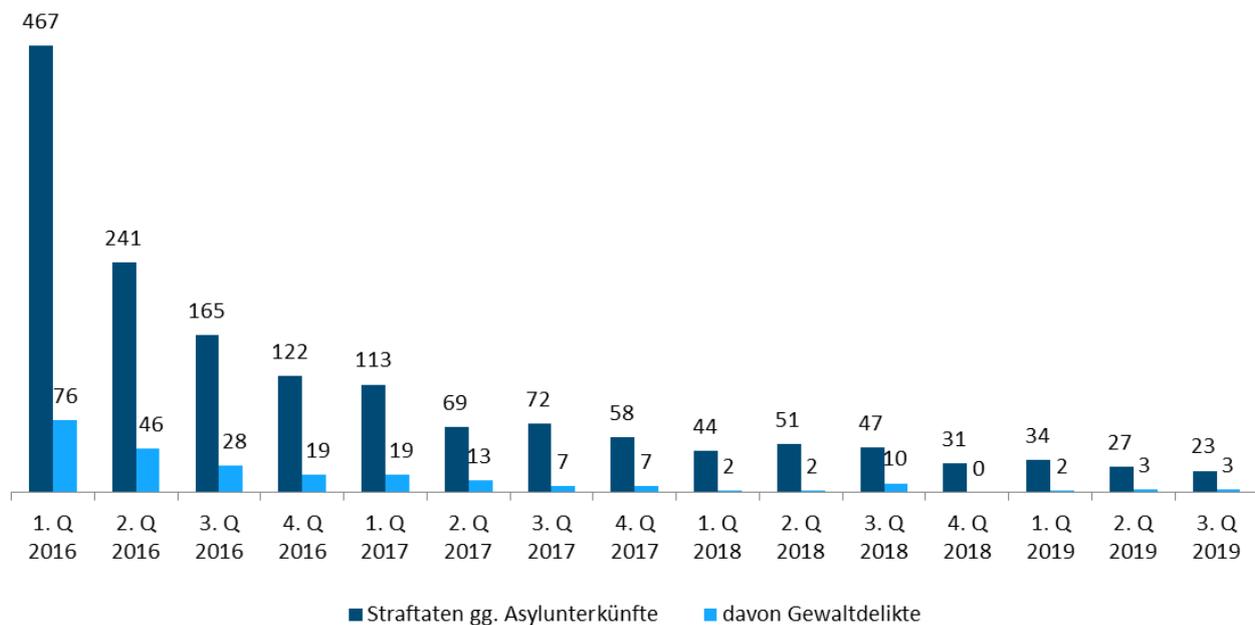
7. Die Flüchtlingssituation hat weiterhin Einfluss auf die Politisch motivierte Kriminalität.

Die Zuwanderungssituation bot im Bereich der PMK weiterhin Anknüpfungspunkte für Agitationen und Straftaten. Inhaltlich ist die Flüchtlingsthematik geeignet, im ansonsten sehr heterogenen rechtsextremistischen Spektrum einen ideologischen Konsens zu generieren.

8. Der rückläufige Trend im Bereich der Straftaten gegen Asylunterkünfte und Asylbewerber setzte sich fort.

Asylbewerber sowie deren Unterkünfte lagen weiterhin im Zielspektrum rechter Agitation. Der seit Februar 2016 feststellbare rückläufige Trend setzte sich 2018 fort und lag unter dem Niveau von 2014. Für 2019 deutet sich ein weiterer Rückgang an.

Straftaten gegen Asylunterkünfte PMK -rechts- und PMK -Nicht zuzuordnen⁷



⁷ Stand: 04.10.19.

9. Straftaten gegen Politiker und sonstige Repräsentanten sind weiterhin nicht auszuschließen.

Neben objekt- und personenbezogenen Straftaten zum Nachteil von Asylunterkünften und Asylsuchenden steht weiterhin zu befürchten, dass auch die Agitation zum Nachteil von vermeintlich politisch Verantwortlichen fortbesteht und anlassbezogen weiter intensiviert wird. Der Angriff auf die damalige Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker am 17.10.15 in Köln/NW, der Angriff auf den Bürgermeister Andreas Hollstein am 27.11.17 in Altena/NW sowie das Tötungsdelikt zum Nachteil des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 02.06.19 in Wolfhagen-Istha/HE belegen diese Einschätzung.

Grundsätzlich können sich etwaige Straftaten aber auch gegen sonstige Personen richten, die gemäß szenointerner Wahrnehmung von entsprechenden Einrichtungen profitieren oder deren Errichtung fördern bzw. begrüßen.

10. Die linke Szene tritt weiterhin durch Straftaten in Erscheinung.

Aktionen der linken Szene, insbesondere in Form von Straftaten gegen den politischen Gegner, aber auch gegen polizeiliche Einsatzkräfte sowie politisch Verantwortliche, wurden fortgesetzt. Durch die öffentliche Präsenz der rechten Szene kam es regelmäßig zu Gegenaktionen aus dem linken Spektrum, wobei das Zusammentreffen von einer aggressiven Grundstimmung bestimmt war.

Unterhalb der Schwelle von Gewaltdelikten sind weitere Straftaten in Form von Blockadeaktionen, funktionsbeeinträchtigenden Sachbeschädigungen und sonstigen Agitationsformen zu erwarten.

11. Die Nutzung von Migrationsbewegungen durch Terrororganisationen ist weiterhin anzunehmen.

Den deutschen Sicherheitsbehörden liegen weiterhin Einzelhinweise auf ein gezieltes bzw. organisiertes Einschleusen von Mitgliedern/Unterstützern terroristischer Organisationen mit dem Ziel der Begehung von Anschlägen in Deutschland vor.

12. Weiterhin gibt es Hinweise auf völkerstrafrechtlich zu würdigende Sachverhalte.

Die Zuwanderung nach Deutschland, insbesondere aus der Krisenregion Syrien/Irak, hat nach wie vor Auswirkung auf die nationale Kriminalitätsentwicklung im Bereich Völkerstrafrecht.

Maßgebliche Erkenntnisquellen für Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) sind die Hinweise einreisender Asylantragsteller/Flüchtlinge. Nach dem drastischen Anstieg der Hinweiszahlen in den Jahren 2015/2016 ist das Hinweisaufkommen derzeit tendenziell rückläufig. Jedoch muss auf Grund der fortgesetzten Hinweisbearbeitung sowie der andauernden bewaffneten Konflikte insbesondere in der Krisenregion Syrien/Irak mit einem weiteren Anstieg der Fallzahlen gerechnet werden.

Die Anwendung des Völkerstrafgesetzbuches ist mittlerweile als dauerhafter Aufgabenbereich der deutschen Polizei etabliert.

Impressum

Bundeskriminalamt, 65173 Wiesbaden

+49 611 55-0

info@bka.de

www.bka.de